

Fragen

**für die Fragestunde der 36. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 21. April 2010**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Aken, Jan van (DIE LINKE.)	81, 82	Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Alpers, Agnes (DIE LINKE.)	15, 16	Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Arnold, Rainer (SPD)	75, 76	Kahrs, Johannes (SPD)	96, 97
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	72	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	77
Beckmeyer, Uwe (SPD)	101, 102	Dr. Kofler, Bärbel (SPD)	23, 24
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	52, 53	Kolbe, Daniela (Leipzig) (SPD)	3, 4
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	89	Dr. h. c. Koppelin, Jürgen (FDP)	45, 46
Brase, Willi (SPD)	13, 14	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	104, 105
Bulmahn, Edelgard (SPD)	39, 40	Krellmann, Jutta (DIE LINKE.)	65
Burchardt, Ulla (SPD)	7, 8	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	58, 59
Burkert, Martin (SPD)	99, 100	Lischka, Burkhard (SPD)	17, 18
Duin, Garrelt (SPD)	60, 61	Lühmann, Kirsten (SPD)	98
Dr. h. c. Erler, Gernot (SPD)	32, 33	Malczak, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	55, 80
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 103	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	25, 31
Dr. Franke, Edgar (SPD)	92, 93	Müller, Kerstin (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29, 30
Friedrich, Peter (SPD)	51, 88	Dr. Mützenich, Rolf (SPD)	42, 43
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.)	27, 28	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	83
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85	Röspel, René (SPD)	1, 2
Gerdes, Michael (SPD)	5, 6	Dr. Rossmann, Ernst Dieter (SPD)	11, 12
Gloser, Günter (SPD)	34	Roth, Karin (Esslingen) (SPD)	21, 22
Gottschalck, Ulrike (SPD)	94, 95		
Dr. Hendricks, Barbara (SPD)	19, 20		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	49, 50	Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	47, 64
Schäfer, Axel (Bochum) (SPD)	26, 41	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	90, 91
Schäfer, Paul (Köln) (DIE LINKE.)	78, 79	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74
Dr. Schick, Gerhard (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48	Dr. Tackmann, Kirsten (DIE LINKE.)	68, 69
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	9, 10	Dr. Volkmer, Marlies (SPD)	86, 87
Schmidt, Ulla (Aachen) (SPD)	37, 38	Wawzyniak, Halina (DIE LINKE.)	44
Schmidt, Silvia (Eisleben) (SPD)	62, 63	Zapf, Uta (SPD)	35, 36
		Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	66, 67

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

1. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Aussage des ehemaligen Präsidenten des Medizinischen Fakultätentages, Professor Dr. Gebhard von Jagow, in „Forschung & Lehre“ (April 2010), dass die von der Bundesregierung geplanten Gesundheitszentren auch über langfristige Projektförderungen finanzierbar seien?

2. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech und der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, welche im „Konzept für ein integriertes Energieforschungsprogramm für Deutschland“ formulieren, dass die Kernfusion den erneuerbaren Energien gleichzustellen sei, und wenn ja, warum wird diese dann nicht konsequenterweise aus einem gemeinsamen Haushaltstitel „Erneuerbare Energie“ finanziert?

3. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe**
(Leipzig)
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die verfassungsrechtliche Umsetzbarkeit der vorgesehenen Bildungsschecks für lokale Bildungsbündnisse, in denen u. a. Schulträger Mittel direkt an allgemeinbildende Schulen weitergeben können sollen?

4. Abgeordnete
**Daniela
Kolbe**
(Leipzig)
(SPD) Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Fördermittel für lokale Bildungsbündnisse für die Bekämpfung der Bildungsarmut genutzt werden, d. h. diese sowohl bei den Bedürftigen zielgerichtet ankommen als auch für sinnvolle Bildungsangebote genutzt werden?

5. Abgeordneter
**Michael
Gerdes**
(SPD) Mit welchen Maßnahmen will die Bundesregierung beim angekündigten sog. Bildungssparen sicherstellen, dass die tatsächlich bedürftigen Familien auch in den Genuss der staatlichen Prämien gelangen, und wann kann mit Eckpunkten hierzu gerechnet werden?

-
6. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung Vorschläge zur Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 10. Juni 2010, die Fortsetzung des Ganztagschulprogramms sowie einen Ausbau der Schulsozialarbeit zu vereinbaren?
7. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Auf welche Weise bzw. aus welchem Titel in welcher Höhe will die Bundesregierung ihre Finanzausgaben von der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz vom 22. März 2010 einlösen, in den Jahren 2011 bis 2013 den Mehrbedarf für zusätzliche Studienanfänger aus dem Hochschulpakt I zu decken?
8. Abgeordnete
Ulla Burchardt
(SPD)
- Welchen Beitrag soll nach Auffassung der Bundesregierung das nationale Stipendienprogramm zur Überwindung der sozialen Benachteiligung von Studierenden aus bildungsfernen Familien leisten?
9. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die wachsende Kritik an dem geplanten Stipendiengesetz von Studierenden, Hochschulen und aus der Wirtschaft gerade im Hinblick darauf, dass diese drei Gruppen die Träger des Stipendiensystems darstellen sollen?
10. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass die Stipendienvergabe regional, fachlich und sozial ausgewogen erfolgt und die empirisch zuletzt von der Hochschul-Informationssystem GmbH bestätigte soziale Selektivität bisheriger Stipendienangebote nicht reproduziert?
11. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Welche Überlegungen haben die Bundesregierung geleitet, von den Berechnungen des Wissenschaftsrates, die für die Verbesserung der Lehre an den Hochschulen mindestens 1 Mrd. Euro zusätzlich im Jahr ausweisen, abzusehen und lediglich ein Fünftel des Volumens vorzusehen?
12. Abgeordneter
Dr. Ernst Dieter Rossmann
(SPD)
- Mit welchen konkreten Vorschlägen geht die Bundesregierung in die Beratungen mit den Ländern zur Konferenz der Regierungschefs von Bund und Ländern am 10. Juni 2010, um die notwendigen Nachbesserungen der Bologna-Reform im Sinne

besserer Studienbedingungen, einer besseren Studierbarkeit sowie einer einfacheren nationalen wie europäischen Mobilität zu unterstützen?

13. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass beim Hochschulpakt I allein Nordrhein-Westfalen die Zahl der zugesagten zusätzlichen Studierenden bisher bei Weitem nicht erreicht hat, wohingegen andere Länder ihre Zusagen sogar übererfüllt haben?

14. Abgeordneter
Willi Brase
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auffassung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, dass nicht ein zu geringes Ausbildungsplatzangebot, sondern eine mangelnde Ausbildungsreife das Hauptproblem auf dem Ausbildungsmarkt ist?

15. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.)

Wann will die Bundesregierung den Berufsbildungsbericht 2010, der bereits vor einiger Zeit von den Autorinnen und Autoren vorgelegt und über den bereits Anfang März 2010 in den Medien diskutiert wurde (vgl. diverse Meldungen der dpa vom 3. März 2010), der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen, und mit welchen Akteuren wie etwa Lobbyvertreterinnen oder -vertretern bzw. Vertreterinnen oder Vertretern von Verbänden steht sie in Bezug auf die Freigabe des Berichtes in Kontakt?

16. Abgeordnete
Agnes Alpers
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die von der Gruppe der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber im Hauptausschuss des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in ihrer Stellungnahme zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 (vom BIBB zusammen mit der gemeinsamen Stellungnahme des Hauptausschusses zum Entwurf des Berufsbildungsberichts 2010 vom 11. März 2010 veröffentlicht) formulierte Auffassung, dass der Berufsbildungsbericht auf die Angabe einer sogenannten Erweiterten Angebots-Nachfrage-Relation auf dem Ausbildungsmarkt verzichten sollte (bitte begründen)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

17. Abgeordneter
**Burkhard
Lischka**
(SPD)
- Wie soll die vom Bundesminister Dirk Niebel beabsichtigte „Verzahnung“ von Bundeswehr und Entwicklungshilfe konkret umgesetzt werden, insbesondere hinsichtlich des Abschlusses von Vereinbarungen mit Hilfsorganisationen und Vorgaben durch die Bundeswehr u. a.?
18. Abgeordneter
**Burkhard
Lischka**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung für einen vollständigen Mittelabfluss der auf 430 Mio. Euro aufgestockten Gelder für den zivilen Wiederaufbau sorgen, vorausgesetzt, die in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen bleiben bei ihrer Ablehnung einer derartigen Verzahnung?
19. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Hendricks**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung die Steigerung der deutschen Official-Development-Assistance-Quote (ODA-Quote) auf 0,7 Prozent des Bruttonationalinkommens bis zum Jahr 2015 für erreichbar?
20. Abgeordnete
**Dr. Barbara
Hendricks**
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es für sinnvoll, eine internationale Finanztransaktionssteuer zu etablieren, um einen Teil aus dem daraus resultierenden Steuerertrag dafür einzusetzen, die Verpflichtungen der Bundesregierung aus dem ODA-Stufenplan zu erfüllen, oder hat die Bundesregierung eine andere zusätzliche Finanzierungsquelle ins Auge gefasst?
21. Abgeordnete
**Karin
Roth**
(Esslingen)
(SPD)
- Ist das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung der Auffassung, dass zum Erreichen der Millenniumsentwicklungsziele 4 und 5 (Kinder- und Müttergesundheit), die bisher nur zu 32 bzw. 9 Prozent erreicht wurden, die Anstrengungen zur Verbesserung des Zugangs zu freiwilliger Familienplanung vermehrt werden müssen, und wenn ja, welche konkreten Schritte wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen der Abstimmungen innerhalb der Bundesregierung unternehmen, dass freiwillige Familienplanung in Verbindung mit Zugang zu Gesundheitsfürsorge, Programmen zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit und HIV/AIDS-Aktivitäten Eingang in die Verhandlungen im Rahmen des G8- bzw. G20-Gipfels nimmt?

22. Abgeordnete
Karin Roth
(Esslingen)
(SPD)
- In welchen Bereichen und in welchem Umfang wird das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung seine Unterstützung im Rahmen der Vorbereitung der Fußballweltmeisterschaft 2010 in Südafrika auch nach der WM für die gesamte Subsahararegion dauerhaft nutzbar machen?
23. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Welche Mittel sind für den Haushalt 2011 vorgesehen, um die Kapitalaufstockung der Weltbank sowie die Wiederauffüllung der Mittel für die IDA (International Development Association) zu leisten, und welche Aufwüchse sind für die Regionalbanken zu erwarten?
24. Abgeordnete
Dr. Bärbel Kofler
(SPD)
- Wie schätzt die Bundesregierung die finanziellen Anforderungen an Deutschland ein, die bei der Ende April 2010 stattfindenden Weltbankkonferenz mit der Bundesregierung verhandelt werden, und sieht die Bundesregierung für die Verhandlungen der Weltbankkonferenz Möglichkeiten im Vergleich zu anderen Gebern, den deutschen Beitrag zu erhöhen oder zumindest nicht unter das bisherige Niveau zurückzufallen?
25. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Partnerländern und in welchen Bereichen ist die vom Bundesminister Dirk Niebel angestrebte trilaterale Entwicklungszusammenarbeit mit Israel geplant oder findet bereits statt?*)

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

26. Abgeordneter
Axel Schäfer
(Bochum)
(SPD)
- Wer vertritt die Bundeskanzlerin im Europäischen Rat, sollte ihre persönliche Teilnahme nicht möglich sein, und wäre nach Auffassung der Bundesregierung auch eine Vertretung der Bundeskanzlerin auf dem Europäischen Rat durch einen anderen Staatschef möglich?**)

*) Siehe hierzu auch Frage 31.

**) Siehe hierzu auch Frage 41.

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

27. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Teilt die Bundesregierung die Sorgen israelischer Menschenrechtsorganisationen, dass die neue israelische Verordnung „Order regarding Prevention of Infiltration“, welche der israelischen Armee ermöglicht, alle Personen aus den besetzten Gebieten auszuweisen, die keine ausdrückliche Bleibeelaubnis durch die israelische Armeeverwaltung besitzen, zu Massendeportationen führen könnte?
28. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.) Wird die Bundesregierung gegenüber der israelischen Regierung den dringenden Appell des Bischöflichen Hilfswerks MISEREOR e. V. und des Evangelischen Entwicklungsdienstes (EED) an den israelischen Verteidigungsminister Ehud Barak zur Sprache bringen, um befürchtete Massendeportationen von palästinensischen Bürgerinnen und Bürgern, die über keine Bleibeelaubnis verfügen, abzuwenden?
29. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie schätzt die Bundesregierung die am Dienstag, dem 13. April 2010 wirksam gewordenen Aufenthaltsregeln für das Westjordanland ein, die auf den zwei Verordnungen „Order regarding Prevention of Infiltration (Amendment No. 2)“ und „Order regarding Security Provisions (Emendment No. 112)“ basieren und nach denen es dem israelischen Militär erlaubt ist, Personen aus dem Westjordanland auszuweisen, die keine von Israel anerkannte Aufenthaltsgenehmigung haben?
30. Abgeordnete
Kerstin Müller (Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die Befürchtungen von Menschenrechtsorganisationen, wonach die neue Erlasslage die Ausweisung tausender Palästinenser aus dem Westjordanland zur Folge haben könnte?
31. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.) Aus welchem Grund lehnte das Auswärtige Amt, wie aus einem Schreiben der deutschen Botschaft in Kairo vom 31. Dezember 2009 hervorgeht, die Erstellung eines Empfehlungsschreibens an die ägyptische Regierung bezüglich einer Ende Dezember 2009 geplanten Einreise einer Gruppe deutscher Ärzte mitsamt Medikamenten und medizinischen Instrumenten in den Gazastreifen ab, zumal klar ist,

dass die Begründung für die Ablehnung, nämlich die Reisewarnungen des Auswärtigen Amts für den Gazastreifen, keine entscheidende Rolle gespielt haben kann, da eine Woche zuvor eine Gruppe europäischer Parlamentarier völlig unbehelligt in den Gazastreifen reiste und dort einige Tage verbrachte und zudem die Ärzte betonten, dass sie jegliche Verantwortung für die Reise und entstehende Risiken selbst übernehmen würden und es nicht genügen würde, nur die Hilfslieferungen in den Gazastreifen zu schicken, da die Anwesenheit der Ärzte zur Einweisung in den Gebrauch der Instrumente dringend erforderlich sei?*)

32. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD) Welche Informationen hat die Bundesregierung über Zeitpunkt und Vorbereitung der Afghanistankonferenz in Kabul, die bei der Londoner Konferenz am 28. Januar 2010 vereinbart wurde, und die eigentlich bereits im April dieses Jahres stattfinden sollte?
33. Abgeordneter
Dr. h. c. Gernot Erler
(SPD) Welche Vorkehrungen wird die Bundesregierung treffen, um zu verhindern, dass die Verschiebung der Kabuler Afghanistankonferenz auch zu einer Verschiebung der schrittweisen Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Kräfte ab Ende 2010, wie sie Punkt 11 des Abschlussdokuments der Londoner Konferenz vorsieht, führen wird?
34. Abgeordneter
Günter Gloser
(SPD) In welchem Umfang bzw. in welcher Häufigkeit werden nach Kenntnis der Bundesregierung Angehörige der Roma-Minderheit in den Mitgliedstaaten der EU und in den Staaten des westlichen Balkans Opfer von Diskriminierung, sozialer Ausgrenzung und von fremdenfeindlicher Gewalt?
35. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD) Wie will die Bundesregierung sichern, dass neu zu entsendende Expertinnen und Experten auf ihre Einsätze in Friedensmissionen qualifiziert vorbereitet sind, wenn durch Einsparungen beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) spezifische Vorbereitungskurse entfallen sollen?

*) Siehe hierzu auch Frage 25.

36. Abgeordnete
Uta Zapf
(SPD) Wie werden die Nachbereitung und Auswertung ziviler Friedenseinsätze trotz der Einsparungen beim ZIF gewährleistet, damit garantiert wird, dass die Erfahrungen aus Missionen (lessons learned) nicht verloren gehen?
37. Abgeordnete
Ulla Schmidt
(Aachen)
(SPD) Welche Rolle soll das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze in Zukunft im Bereich „Vernetzte Sicherheit“ übernehmen?
38. Abgeordnete
Ulla Schmidt
(Aachen)
(SPD) Ist aufgrund des Bekenntnisses der Bundesregierung zu einer vernetzten Sicherheitspolitik und zur zivilen Krisenprävention in den kommenden Jahren mit einem Aufwuchs der dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, insbesondere auch beim ZIF, zu rechnen?
39. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD) Wie ist eine Kürzung der Zuwendungen an das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze zu vereinbaren mit der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP dargestellten Ankündigung, das ZIF verstärkt zu nutzen sowie mit der international anerkannten Priorität zivile Kapazitäten für Konflikt- und Krisenmanagement auszubauen?
40. Abgeordnete
Edelgard Bulmahn
(SPD) Welche Folgen hat die mit der Kürzung der institutionellen Förderung des ZIF einhergehende Einschränkung der Personalbetreuung gegenüber Sekundierten in EU- und OSZE-Missionen für die Durchführung zukünftiger Einsätze und für die Höhe des Personalpools?
41. Abgeordneter
Axel Schäfer
(Bochum)
(SPD) Welche Konsequenzen ergeben sich für die Verhandlungsführung und das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung im Europäischen Rat, wenn zu einem EU-Vorhaben keine Stellungnahme des Deutschen Bundestages im Sinne von § 9 Absatz 4 bzw. § 10 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBBG) vorliegt?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 26.

42. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Wie bewertet die Bundesregierung die Einschätzung, dass die Ausnahmeregelung der Nuclear Suppliers Group für Indien – die erstmals einem Kernwaffenstaat außerhalb des NPT (Non-Proliferation Treaty = Atomwaffensperrvertrag) den Handel mit Nuklearmaterial ermöglicht, ohne dass Indien dafür Abrüstungsverpflichtungen auferlegt wurden – mit einem wesentlichen Prinzip des NPT gebrochen hat?
43. Abgeordneter
Dr. Rolf Mützenich
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorwurf, dass damit zugleich ein interantionaler Doppelstandard bei Zugang und Nutzung von ziviler Nukleartechnologie geschaffen wurde, der die Frage aufwirft, ob sich vertragskonformes Verhalten überhaupt lohnt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

44. Abgeordnete
Halina Wawzyniak
(DIE LINKE.) Hält es die Bundesregierung für richtig, in die Kommission Deutscher Corporate Governance Kodex keine Frauen als neue Mitglieder zu berufen, obwohl die Bundesministerin Dr. Kristina Schröder eine gesetzliche Quotenregelung für Aufsichtsräte nicht ausschließt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

45. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Wie hoch wird das SED-Vermögen von der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung beziffert, und wie hoch ist der Anteil des SED-Vermögens, welches laut Einigungsvertrag den neuen Ländern zusteht und bis heute unauffindbar ist?
46. Abgeordneter
Dr. h. c. Jürgen Koppelin
(FDP) Gibt es weitere offene Rechtsstreitigkeiten im Inland oder Ausland, die dazu führen könnten, dass ehemaliges SED-Vermögen dem deutschen Fiskus zugeführt wird, und wenn ja, um welche Fälle handelt es sich dabei?

47. Abgeordneter
Swen Schulz
(Spandau)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung der Bundesländer nach zusätzlichen Umsatzsteuermitteln zur Erreichung des sog. 10-Prozent-Zieles für Bildung und Forschung?*)
48. Abgeordneter
Dr. Gerhard Schick
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gab es seit Anfang des Jahres 2010 ein Angebot einer oder mehrerer privater Banken oder einer Gruppe von Gläubigern griechischer Staatsanleihen an die Bundesregierung, beim sog. Roll-Over von fällig werdenden Griechenlandanleihen zu helfen, und falls ja, aus welchen Gründen ist die Bundesregierung auf das Angebot nicht eingegangen?
49. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung gegenüber den Vorschlägen von Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, der EU mehr Einfluss auf die nationale Haushaltspolitik und eine intensivere Überwachung wirtschaftlicher Entwicklungen, auch die der auseinanderlaufenden Wettbewerbsfähigkeit und unterschiedlichen Lohnpolitik, zu gewähren?
50. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit wird die Bundesregierung die Überlegungen von Olli Rehn, EU-Kommissar für Wirtschaft und Währung, unterstützen, als ständigen Krisenlösungsmechanismus einen Rettungsfonds zu gründen, und hält sie an dem der europäischen Idee widersprechenden Vorschlag fest, Defizitländer im Notfall aus der Euro-Zone auszuschließen?
51. Abgeordneter
Peter Friedrich
(SPD)
- Wurde oder wird in absehbarer Zeit die dem Land Baden-Württemberg angebotene Steuerhinterzieher-CD vom Bundesministerium der Finanzen – gegebenenfalls unter Mitwirkung eines anderen Landes – aufgekauft werden, wie dies die Bundesregierung Anfang März 2010 erklärt hat, und wenn ja, zu welchem Anteil hat oder wird sich das Land Baden-Württemberg an dem Ankauf der Steuerhinterzieher-CD finanziell beteiligen?

*) Siehe hierzu auch Frage 64.

52. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche im Bundesbesitz befindlichen Seen wurden aufgrund ihrer Naturschutzwürdigkeit von der Privatisierung ausgenommen, wie es die Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Julia Klöckner, in der Sitzung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz am 24. März 2010 ausführte, und in das Nationale Naturerbe aufgenommen bzw. darüber hinaus aufgrund ihrer Naturschutzwürdigkeit von der Privatisierung ausgenommen?
53. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung mit diesen Gewässern, insbesondere den letztgenannten, zukünftig verfahren?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

54. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Jahresvolllaststunden (angenommene jährliche statistische Auslastung) werden bei dem Ziel-szenario mit 28 Jahren Laufzeitverlängerung, das für das Energiekonzept der Bundesregierung erstellt wird, für Atomkraftwerke für den Zeitraum der Laufzeitverlängerung zu Grunde gelegt, und mit welchen zusätzlichen Reststrommengen wird in diesem Szenario gerechnet?
55. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Diskussionen des Washingtoner Nukleargipfels zur Dual-use-Problematik im Hinblick auf den Atomausstieg in Deutschland und die durch die Bundesregierung praktizierte Förderung von Atomtechnologieexporten?
56. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die vom Bundeskartellamt und von vielen Stadtwerken geäußerte Befürchtung, dass längere Laufzeiten für Atomkraftwerke zu einer Hemmung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt und zu einer Verfestigung der marktbeherrschenden Stellung der vier großen Energiekon-

zerne führen könnten – ist das ein reales Problem, das bei der Entscheidung über etwaige Laufzeitverlängerung berücksichtigt werden muss oder nicht?

57. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung einen Bericht der österreichischen Zeitung „Die Presse“ vom 1. April 2010 bestätigen, in dem es heißt „Die Europäische Kommission plant auf Druck von Deutschland und Polen, ab 2013 bis zu 15 Prozent der Baukosten neuer Kohlekraftwerke zu übernehmen“, und wenn ja, welche Ziele verfolgt die Bundesregierung mit dieser Subventionspolitik?
58. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die im Steinkohlefinanzierungsgesetz des Bundes vom 20. Dezember 2007 für den Steinkohlebergbau zugesagten Plafondsmittel (Steinkohlesubventionen) zu reduzieren und damit einen früheren Ausstieg aus dem Steinkohlebergbau zu erreichen?
59. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welcher Anteil der im Gesetz für die Erhaltung, die Modernisierung und den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWKG) zur Verfügung gestellten 150 Mio. Euro (§ 7a KWKG) für den Neu- und Ausbau von Wärmenetzen wurde im Jahr 2009 abgerufen, und geht die Bundesregierung von einer steigenden Abfrage dieser Mittel im Jahr 2010 aus, obwohl nach Aussagen der Branche fast die Hälfte der 20-prozentigen Förderung für Gutachten von Wirtschaftsprüfern u.Ä. verwendet werden muss, um die Förderung überhaupt erlangen zu können?
60. Abgeordneter
Garrett Duin
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem einseitigen Austritt des niedersächsischen Wirtschaftsministers Jörg Bode (FDP) bei der einzelbetrieblichen Förderung niedersächsischer Unternehmen im Rahmen der vom Bund geförderten Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, und wie will sie ggf. die damit verbundenen Wettbewerbsnachteile niedersächsischer Unternehmen gegenüber anderen Bundesländern ausgleichen, die nach wie vor die Investitionsförderung bei heimischen Betrieben durchführen?

61. Abgeordneter
**Garrelt
Duin**
(SPD)
- Welche Planungen bestehen seitens der Bundesregierung, die Regelungen zum Wirtschaftsfonds Deutschland über das Jahr 2010 hinaus zu verlängern und in einen Zukunftsfonds umzuwandeln, wie dies vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Rainer Brüderle gegenüber der „RHEINISCHEN POST“ am 31. März 2010 geäußert worden ist, und welche zeitliche Planung besteht dafür?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

62. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- In welchen konkreten Sitzungen der Bund-Länder-Koordinierung war der gemeinsame Abstimmungsbedarf zur Erstellung der Aktionspläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Bund und Ländern Teil der Tagesordnung, und welche konkreten Abteilungen und Fachreferate des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind in die Erarbeitung des Aktionsplanes der Bundesregierung eingebunden?
63. Abgeordnete
**Silvia
Schmidt**
(Eisleben)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung die gesetzliche Reform der Eingliederungshilfe nach Maßgabe der Beschlüsse der Arbeits- und Sozialministerkonferenz im Rahmen der Erstellung eines Aktionsplanes der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention durchführen, und wann genau werden die einzelnen Regelungsbereiche dieser Reform mit den Ausführungsgesetzen der Länder mit eben diesen abgestimmt?
64. Abgeordneter
**Swen
Schulz**
(Spandau)
(SPD)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Maßgaben des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010 hinsichtlich der Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Bildung zu erfüllen, und wie soll die zielgenaue Förderung von Kindern und Jugendlichen ausgestaltet sein?*)

*) Siehe hierzu auch Frage 47.

65. Abgeordnete
**Jutta
Krellmann**
(DIE LINKE.) Was waren 2009 im Bereich des Zweiten und Dritten Buches Sozialgesetzbuch die 20 wichtigsten Instrumente/Maßnahmen gemessen an Ausgabevolumen, Teilnehmerzahlen sowie Ausgaben je Teilnehmer?
66. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Wie viele der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sind in den einzelnen Rechtskreisen im Jahr 2009 abgeflossen (bitte absolute und relative Zahlen angeben), und wofür will die Bundesregierung gegebenenfalls nicht verausgabte Mittel verwenden?
67. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(DIE LINKE.) Wie viele Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik pro Kopf standen in den einzelnen Rechtskreisen rechnerisch jährlich seit 2005 zur Verfügung, und wie viele Mittel wurden jährlich seit 2005 tatsächlich verausgabt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

68. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) In welchem Zeitrahmen wird die Bundesregierung unter Mitwirkung von externen Fachleuten (Bereiche z. B.: Forst, Holz, Energie, Umwelt, Tourismus etc.) einen Entwurf zur Waldstrategie 2020 erarbeiten und dem Bundestag vorlegen, und wie werden die Mitglieder des Bundestages einbezogen?
69. Abgeordnete
**Dr. Kirsten
Tackmann**
(DIE LINKE.) Welche Vorbereitungen laufen zur Bundeswaldinventur 3 (BWI3), und wie wird die Bundesregierung die Aufnahme der Erfassung und Bewertung naturnaher Waldstrukturen (z. B. Biotopbäume oder Totholz) im Rahmen der BWI3 sicherstellen?
70. Abgeordnete
**Ulrike
Höfken**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf welche Art will die Bundesregierung bei den sog. Energy Drinks angesichts der Warnungen des Bundesamtes für Risikobewertung die Gesundheitsgefahren (Herz-Rhythmus-Störungen, Krampfanfälle) verhindern, die von den Getränken ausgehen können, und hält die Bundesregierung bloße Warnhinweise gerade im Hinblick auf die Gefährdung von Kindern und Jugendlichen für ausreichend?

71. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen konkreten Gesetzesformulierungen wird die Bundesregierung der Forderung der CDU/CSU-Fraktion nach strengeren gesetzlichen Regelungen zur Kennzeichnung von sogenanntem Klebeschinken in Abgrenzung zu natürlich gewachsenem Schinken nachkommen, und mit welchen konkreten Initiativen strebt die Bundesregierung auf europäischer Ebene ein Verbot von Klebeenzymen in der Fleischwarenerzeugung an?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

72. Abgeordneter
Dr. Hans-Peter Bartels
(SPD)
- Standen die vier in den Meldungen nach dem Kundus-Luftschlag vom 4. September 2009 genannten Talibanführer auf der Joint Effects List oder der Joint Priority Effects List der ISAF oder auf einer entsprechenden OEF-Liste in Afghanistan?
73. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalts waren am 3./4. September 2009 im Raum Kundus/Afghanistan die – jeweils parallel zum Bundeswehreinsatz mit der schließlichen Bombardierung der zwei Tanklaster durchgeführten – Operationen der Bundeswehrondereinheit TF-47 gegen Talibanführer sowie der geheimen US-Task Force 373 gegen Aufständische, bei denen ein Erdnahkampfflugzeug A-10 „Warthog“ sowie ein weiteres Flugzeug (A-28 A?) eingesetzt waren, und inwieweit trifft es zu, dass die Task Force 373 im deutsch-befehligen ISAF-Regionalkommando Nord „fast jede Nacht aktiv“ ist, Verdächtige festnimmt und schon mehrfach gesuchte Talibanführer „eliminierte“ (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 4. Januar 2010)?
74. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, dass der geplante Einsatz von Panzerhaubitzen und „Marder“-Schützenpanzern durch die Bundeswehr in Afghanistan, die teils wenig zielgenau sind und große Kollateralschäden nach sich ziehen können, die gesamte dortige, auf Vermeidung solcher Schäden wie beim Bombardement am 3./4. September 2009 in Kundus angelegte, Einsatzstrategie der Bundeswehr sowie der ISAF in Frage stellen kann, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die geplante Militäroffensive mit der Bundeswehr auch im Raum Kundus eines neuen Bundestagsmandats bedarf sowie nicht ohne bzw. gegen den erklärten Wil-

- len der dortigen Bevölkerung – abgesehen von Voten des dortigen Gouverneurs – durchgeführt werden sollte, wie der Präsident Hamid Karsai dies bezüglich der Offensive in Kandahar bereits formulierte?
75. Abgeordneter
Rainer Arnold
(SPD) Warum verzögert sich die Auslieferung des Kampfhubschraubers „Tiger“ an die Truppe, und ab wann werden die ersten Kampfhubschrauber „Tiger“ einsatzbereit der Bundeswehr zur Verfügung stehen?
76. Abgeordneter
Rainer Arnold
(SPD) Für welche Fahrzeuge und in welchem Zeitraum beabsichtigt das Bundesministerium der Verteidigung, die Waffenstationen FLW 100 und FLW 200 zu beschaffen?
77. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Auf welche konkrete Bedrohung bzw. Fähigkeitslücke wird mit der Verlegung von Panzerabwehrlenkflugkörpern des Typs TOW nach Afghanistan reagiert?
78. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) Welche Verbesserung der Sicherheitslage in Afghanistan verspricht sich die Bundesregierung durch den Einsatz von Panzerhaubitzen und anderer neuer Waffensysteme?
79. Abgeordneter
Paul Schäfer
(Köln)
(DIE LINKE.) An welchen Einsätzen der britischen Luftwaffe in Afghanistan hat der deutsche Waffensystemoffizier teilgenommen, der zwischen Oktober 2009 und Januar 2010 Teil der Bordbesatzung eines britischen „Tornado“-Kampfflugzeugs in Afghanistan war?
80. Abgeordnete
Agnes Malczak
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung von der durch das britische Verteidigungsministerium bestätigten Beteiligung deutscher Soldaten an mindestens 18 Kampfeinsätzen in „Tornado“-Flugzeugen GR4 der britischen 31. Schwadron in Kandahar zwischen Dezember 2009 und Januar 2010 (TIMES ONLINE vom 4. April 2010; Mail ONLINE vom 4. April 2010), und inwiefern sieht sie diese als durch das Bundestagsmandat für den Einsatz gedeckt?

81. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
War die Patrouille aus afghanischen und ISAF-Einheiten, die bei Baghlan am Donnerstag, dem 15. April 2010 angegriffen wurde, wobei vier Soldaten getötet und fünf weitere Bundeswehrsoldaten verletzt wurden, im Rahmen der veränderten ISAF-Strategie zur Begleitung afghanischer Einheiten unterwegs, und wie genau sieht diese Strategie aus?
82. Abgeordneter
Jan van Aken
(DIE LINKE.)
Hätte eine zusätzliche Ausstattung der deutschen Einheiten bei der Patrouille am 15. April 2010 das Risiko eines für die deutschen Bundeswehrsoldaten tödlichen Angriffs auf ihre Fahrzeuge wesentlich verringert beziehungsweise ausgeschlossen?
83. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Schlüsse zieht das Bundesministerium der Verteidigung aus den jüngsten Äußerungen des afghanischen Präsidenten Hamid Karsai, nach denen die internationale Gemeinschaft die Präsidentschaftswahlen im August 2009 gefälscht habe und der Präsident Hamid Karsai die geplante Großoffensive der NATO im Juni 2010 in der Provinz Kandahar gegebenenfalls untersagen wolle?
84. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wann genau wird die Bundesregierung den bisher zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend abgestimmten Entwurf eines Gesetzes zu Änderungen wehrrechtlicher Vorschriften 2010 dem Bundestag und dem Bundesrat zur Beratung vorlegen?
85. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Inwiefern sieht die Bundesregierung für die o. g. Regelungen eine Zustimmungsbedürftigkeit des Bundesrates als gegeben an, und in welcher Form wird sie den Bundesrat am Gesetzgebungsverfahren beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

86. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, dass es in Deutschland nach wie vor möglich ist, aufbereitete Einmalprodukte mit schweren Mängeln auf den Markt zu bringen, worüber z. B. „Deutsches Ärzteblatt“ (Jg. 107, Heft 6, 12. Februar 2010) berichtet?
87. Abgeordnete
Dr. Marlies Volkmer
(SPD) Wann wird die Bundesregierung die angekündigte Studie zur Sicherheit der Aufbereitung von Einmalprodukten vorlegen, und in welchem Zeitrahmen sollen gegebenenfalls die entsprechenden gesetzlichen Regelungen geändert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

88. Abgeordneter
Peter Friedrich
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, im Rahmen der Verhandlungen mit der Schweiz über die Überflüge im süddeutschen Raum zum Flughafen Zürich-Kloten die gemachten Lärmmessungen in den betroffenen Gebieten Süddeutschlands zur Grundlage der Verhandlungen zu machen?
89. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) Welche Position bezieht die Bundesregierung zur geplanten Verlängerung der vorrangigen Transeuropäischen Verkehrsachse 1 (Messina–München–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin) über Rostock nach Skandinavien unter Anbindung von Saßnitz, in Verbindung mit der Verlängerung der ebenfalls vorrangigen Verkehrsachse 22 (Prag–Dresden–Berlin–Rostock/Saßnitz), unter entsprechender Anbindung des Raumes Halle/Leipzig/Magdeburg und der entsprechenden Anmeldung dieses so genannten Vier-Meeres-Schienenkorridors (im Koalitionsvertrag kurz Nord-Süd-Verbindung genannt) bei der EU-Kommission als zusätzliche, weiterführende und prioritäre Projekte für die für 2010 geplante Revision der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz?

90. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Ergebnisse und Erfahrungen erbrachte das seit dem 1. April 2009 gültige KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ bisher, und wie bewertet die Bundesregierung diese angesichts des weiterhin bestehenden großen Defizites an barrierefreien Wohnungen?
91. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Überlegungen bzw. Vorhaben gibt es seitens der Bundesregierung zu Veränderungen bei diesem KfW-Programm hinsichtlich Umfang, Konditionen und Betitelung des Programms („Barrierefrei Umbauen“ statt „Altersgerecht Umbauen“)?
92. Abgeordneter
Dr. Edgar Franke
(SPD)
- Trifft es zu, dass der hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dieter Posch und der Staatssekretär im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Rainer Bomba in einem intensiven Dialog stehen, um zu ermitteln, wie viele Gelder für den Bau der Bundesautobahn 49 zur Verfügung gestellt werden können, und welche Ergebnisse sind dabei erzielt worden?
93. Abgeordneter
Dr. Edgar Franke
(SPD)
- Plant die Bundesregierung eine Änderung ihres ursprünglichen Vorgehens, erst dann Bundesmittel für den Weiterbau der BAB 49 freizugeben, wenn für alle Bauabschnitte der BAB 49 das Baurecht abschließend vorliegt?
94. Abgeordnete
Ulrike Gottschalck
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die durch die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in deutsches Recht übergegangene Umgebungslärmrichtlinie und die deshalb in das BImSchG eingeführten gesetzlich vorgeschriebenen Lärmaktionspläne umsetzen zu helfen, und wenn ja, in welcher Höhe wird die Bundesregierung finanzielle Mittel für die lärmdämmenden Maßnahmen, wie Errichtung von Lärmschutzwällen bzw. -wänden an Autobahnen, Tests von Straßenbelegen, die weniger Fahrgeräusche verursachen, wie z. B. Flüsterasphalt, oder den Einbau von speziellen Fenstern für Anwohner an besonders lauten Straßen, zur Verfügung stellen?

95. Abgeordnete
**Ulrike
Gottschalck**
(SPD)
- Unterstützt die Bundesregierung den Vorstoß des hessischen Verkehrsministers Dieter Posch (FDP), Verstöße gegen das Nachtfahrverbot von Lastwagen (bisher 20 Euro) härter zu bestrafen, und wenn ja, hält die Bundesregierung die vorgeschlagene Höhe von 300 Euro und einen Monat Führerscheinentzug für Ersttäter und 500 Euro und zwei Monate Fahrverbot beim zweiten Übertritt für angemessen?
96. Abgeordneter
**Johannes
Kahrs**
(SPD)
- Wie ist, angesichts letzter Medienberichte (8. April 2010: ARD, „Kontraste“-Sendung), die aktuelle Haltung der Bundesregierung zur Einführung einer Pkw-Maut?
97. Abgeordneter
**Johannes
Kahrs**
(SPD)
- Gibt es derzeit Pläne in der Bundesregierung zur Erarbeitung einer Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung (LuFV) für Bundesfernstraßen, und wenn ja, wie soll die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern konkret inhaltlich ausgestaltet werden?
98. Abgeordnete
**Kirsten
Lühmann**
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung die Fördermittel für den Kombinierten Verkehr mit der Begründung mangelnder Nachfrage um die Hälfte gekürzt, so dass nunmehr lediglich 55 Mio. Euro zur Verfügung stehen, obwohl das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung selbst bestätigt hat, dass für den Kombinierten Verkehr und private Gleisanschlüsse Förderanträge in Höhe von insgesamt 450 Mio. Euro vorliegen, was ein Fördervolumen von rund 385 Mio. Euro bedeutet?
99. Abgeordneter
**Martin
Burkert**
(SPD)
- Wann legt die Bundesregierung vor dem Hintergrund der auslaufenden Kompensationszahlungen für die ehemalige Gemeindeverkehrsfinanzierung ein Konzept für die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) vor, das dem Investitionsbedarf in die ÖPNV-Infrastruktur gerecht wird, und gibt es bereits erste Eckpunkte eines solchen Konzepts?

100. Abgeordneter
Martin Burkert
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung künftig die Wettbewerbsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr und die Gestaltungsspielräume der Kommunen ausgestalten, um so die Daseinsfürsorge und eine bezahlbare Nahverkehrsversorgung zu garantieren sowie die Struktur von kleinen und mittelständischen Verkehrsanbietern zu erhalten?
101. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Wird die Bundesregierung zur Finanzierung der zusätzlich zum Bundeshaushalt 2010 angekündigten 100 Mio. Euro für die Beseitigung von Frostschäden an Straßen (siehe FAZ.NET vom 14. April 2010) einen Nachtragshaushalt aufstellen, und wenn nein, aus welchem Haushaltstitel des beschlossenen Bundeshaushalts 2010 sollen die 100 Mio. Euro zusätzlich finanziert werden?
102. Abgeordneter
Uwe Beckmeyer
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung den Positionswandel des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung Dr. Peter Ramsauer, der ursprünglich zusätzliche Bundesmittel für die Beseitigung von Frostschäden ausdrücklich für Straßen in der Trägerschaft der Kommunen angekündigt hatte und jetzt lediglich Mittel für Bundesstraßen zur Verfügung stellen will?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

103. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Transportdatenerhebungen bezüglich von Transporten radioaktiver Stoffe in Deutschland hat die Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) in dieser und in der letzten Wahlperiode für die Bundesregierung durchgeführt (bitte vollständige Angabe), und inwiefern wurden für die sogenannte Transportstudie Konrad der GRS Daten von Transporten radioaktiver Stoffe, die nicht das Endlager Konrad betreffen, erhoben – unabhängig davon, ob diese letztlich in die Transportstudie Konrad eingeflossen sind?

104. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche anlagenbezogenen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Atommülllager Asse II, die im Zusammenhang mit der Planung und Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Gorleben standen, wurden bis Ende der 13. Wahlperiode durchgeführt und beschlossen (bitte auch zeitlichen und finanziellen Gesamtumfang angeben oder, falls nicht anders möglich, abschätzen), und welche wesentlichen Forschungs- und Entwicklungsprogramme gab es in diesem Zusammenhang?
105. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass dem Vermerk an den ehemaligen Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Helmut Stahl vom 2. April 1997, der im BMBF anlässlich eines die Öffentlichkeitsarbeit im Atommülllager Asse II betreffenden Briefes von einem Vorstand der PreussenElektra AG vom 14. März 1997 erstellt wurde, eine Kopie für das Ministerbüro beilag, und auf welche Weise wurde das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) über den Vorgang in Kenntnis gesetzt (bitte mit Angabe, wie hoch in der BMU-Hierarchie die Kenntnis gelangte)?

